

**EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten
am 18. September 2018**

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Am 18. September fand in Brüssel unter meinem Vorsitz eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen der nächste Mehrjährige Finanzrahmen, die legislative Programmplanung, die Vorbereitung des Europäischen Rates am 18. Oktober sowie die Rechtsstaatlichkeit in Polen. Da dies die erste Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten unter österreichischem Vorsitz war, stellte ich darüber hinaus die österreichischen Vorsitzzprioritäten vor.

Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) 2021 – 2027

Als Ratsvorsitzender erläuterte ich die umfassenden Vorsitzarbeiten zu diesem Dossier, den Stand der Verhandlungen und unterstrich die Absicht mit den Verhandlungen rasch voranzuschreiten und mit der Erarbeitung der Elemente der sogenannten „Verhandlungsbox“ zu beginnen. Der Großteil der Mitgliedstaaten sah die vorgeschlagene Struktur des MFR, vorbehaltlich kleinerer Anpassungen, positiv. Zahlreiche Mitgliedstaaten lehnten Kürzungen im Bereich GAP und Kohäsion ab. Manche Mitgliedstaaten traten für einen raschen Abschluss der Verhandlungen ein. Kommissar Günther Oettinger zog ein positives Resümee der Debatte und betonte, dass die Kommission durchaus bereit sei, Positionen weiterzuentwickeln.

Vorstellung der Prioritäten des österreichischen Vorsitzes

Als Ratsvorsitzender präsentierte ich die Prioritäten des österreichischen Vorsitzes mit Blick auf die vor uns liegenden Herausforderungen wie Brexit, Migrationsthemen sowie die neue Dynamik in den transatlantischen Beziehungen. Ich betonte, dass die europäische Öffentlichkeit sich europäische Lösungen erwarte und verwies auf das Motto des österreichischen Vorsitzes „Ein Europa, das schützt“ und die drei prioritären Themenbereiche: 1. Sicherheit und Eindämmung der illegalen Migration; 2. Sicherung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung; 3. Stabilität in der Nachbarschaft – Heranführung des Westbalkans.

In diesem Zusammenhang betonte ich, dass es beim Europäischen Rat im Juni gelungen sei, eine Trendwende in der Migrationspolitik einzuläuten. Klarer Konsens besteht darin, dass ein umfassender Ansatz verfolgt werden muss, der sowohl wirksamere Kontrollen an den Außengrenzen und externe Maßnahmen mit internen Aspekten verbindet. Über den Sommer hat der österreichische Vorsitz die dementsprechenden Arbeiten weitergeführt. Ich wies weiters darauf hin, dass beim informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs am 20.9. in Salzburg eine erste politische Diskussion zum kürzlich vorgestellten Vorschlag der Kommission zur Stärkung der Europäischen Grenz- und Küstenwache stattfindet. Ich hob hervor, dass ein umfassender Migrationsansatz auch eine engere Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern, insbes. in Afrika, erforderlich mache. In diesem Zusammenhang verwies ich auf das hochrangige Afrika-Forum im Dezember, zu dem Bundeskanzler Kurz gemeinsam mit dem Präsidenten der Afrikanischen Union Kagame einladen wird. Ich verwies darüber hinaus auf die kürzlich stattgefundenen Reise von Bundeskanzler Kurz und ER-Präsident Tusk nach Ägypten. Eine weitere Priorität des österreichischen Vorsitzes ist die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. In diesem Zusammenhang verwies ich auf die Subsidiaritätskonferenz in Bregenz im November. Grundsätzlich betonte ich, dass es wichtig sei, möglichst viele Dossiers vor den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) im nächsten Jahr abzuschließen.

Legislative Programmplanung

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission (EK), Frans Timmermans, stellte die Prioritäten der EK-Absichtserklärung vor und informierte über den Sachstand bei Legislativvorhaben. Der Fokus müsse auf dem Abschluss der noch offenen Dossiers bis zu den EP-Wahlen 2019 liegen; insb. bei Migration, MFR, Wirtschafts- und Währungsunion, Sicherheit, Handel sowie freie und faire Wahlen. Der Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten zur legislativen Programmplanung fand während des Mittagessens statt. Die Diskussion zum EK-Arbeitsprogramm 2019 wird im Rahmen des Rates Allgemeine Angelegenheiten im November geführt.

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 18. Oktober 2018

Als Ratsvorsitzender stellte ich die Themen für den Europäischen Rat am 18.10. vor: Migration, Innere Sicherheit sowie Außenbeziehungen und wies zudem auf den im Anschluss an den Europäischen Rat stattfindenden ASEM-Gipfel am 18./ 19.10 hin.

Rechtsstaatlichkeit in Polen / Begründeter Vorschlag nach Artikel 7 Absatz 1 EUV

Es erfolgte eine Fortsetzung der Anhörung Polens gemäß Art. 7(1) EUV zu den sieben Themen: Oberster Gerichtshof, Nationaler Justizrat, ordentliche Richterinnen und Richter, Disziplinarregime, außerordentliche Berufung, Gerichtspräsidentinnen und –präsidenten und Verfassungsgerichtshof. Die Kommission informierte über die jüngsten Entwicklungen betreffend die zwangsweise Pensionierung der Richterinnen und Richter des Obersten Gerichtshofes und Beschleunigung der Nachbesetzung der freiwerdenden Stellen. Polen präsentierte seine Gegendarstellungen und beantwortete die themenbezogenen Fragen der Mitgliedstaaten. Einige Mitgliedstaaten deuteten ihr Interesse an einer Fortsetzung der Anhörung an.

Sonstiges

Als Ratsvorsitzender wies ich auf die Einleitung eines Art. 7(1) EUV-Verfahrens betreffend die Situation in Ungarn durch das EP am 12.9. hin. Ungarn kündigte an, den begründeten Vorschlag des EP beim Europäischen Gerichtshof anzufechten.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagungen sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 28. September 2018
BLÜMEL